

HANAUER AUFRUF

Wohnen muss bezahlbar sein!

In Hanau werden bezahlbare Wohnungen für Durchschnittsverdiener und Menschen mit geringen Einkommen immer knapper. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen mit kleinen Renten, Studierende und Auszubildende finden in Hanau kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Zusätzlich steigen Strom-, Heiz- und sonstige Nebenkosten so stark, dass sie eine „zweite Miete“ darstellen. Immer mehr Menschen werden durch hohe Mieten und den Abriss bezahlbarer Wohnungen aus ihrer gewohnten Umgebung verdrängt.

Bundes- und Landesregierungen haben über Jahre hinweg die finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau gekürzt, während gleichzeitig auch in Hanau tausende Wohnungen aus der Mietpreisbindung fielen. In Hessen sind 45.000 Familien registriert, die auf eine Sozialwohnung warten.

Außerdem wird weiterhin öffentlicher Wohnraum an private Immobilienunternehmen verkauft, deren Ziel es ist, ihre Gewinne auf Kosten der Mieter immer weiter zu erhöhen. Diese schädliche Entwicklung ist auch in Hanau zu beobachten.

Die in Hanau regierenden Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürger für Hanau locken Menschen mit hohem Einkommen nach Hanau. Sie sollen mit ihren Steuern und mit ausgiebigem Konsum die Hanauer Haushaltslöcher stopfen. Diese Ansiedlungspolitik wird jedoch auf dem Rücken der Menschen mit geringem Einkommen ausgetragen. CDU und FDP tragen diese Politik mit. Lediglich die Alternative Linke Fraktion vertritt in der Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Mieter.

Diese unsoziale Politik muss gestoppt werden!

Daher fordern wir:

Bestehende Mieten und Neuvermietungs-Preise müssen begrenzt werden. Ziel ist der Mietpreisstopp.

Die Stadt muss gegen Mietwucher nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes vorgehen und auf Hinweise Kontrollen durchführen.

Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.

Öffentliche Wohnungsbauunternehmen wie die Baugesellschaft Hanau und die Nassauische Heimstätte dürfen keine preistreibenden Akteure sein. Sie müssen bezahlbare Wohnungen anbieten.

Wohnungsbestände aus öffentlichem Eigentum dürfen nicht verkauft und damit privatisiert werden.

Statt immer neuen, „hochwertigen“ Wohnungen für Mittelstand und Gutverdiener müssen endlich wieder Sozialwohnungen gebaut werden. Dazu sind die Möglichkeiten des Baugesetzbuches auszuschöpfen. Dort wird geregelt, dass Städte bei Aufstellung eines Bebauungsplans Flächen festsetzen können, auf denen nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Erstunterzeichner: Jochen Dohn, Andrea Guevara González, Günter Kugler, Klaus Seibert
Wir/Ich unterstütze/n diesen Aufruf an die in Hanau Verantwortung tragenden Politiker:

Name:

Adresse:

Unterschrift: